



Interessengemeinschaft
Bahnprotest an Ober- und Hoch-Rhein

Medieninformation

29. Januar 2016

Antrag Rheintalbahn im Deutschen Bundestag

IG BOHR: Entscheidender Meilenstein erreicht

„Heute haben wir eine Sternstunde im Deutschen Bundestag erlebt“ war sich die 15köpfige Delegation der IG BOHR einig, als das Plenum den Antrag „Menschen- und umweltgerechten Ausbau der Rheintalbahn realisieren“ einstimmig angenommen hatte. „Nachdem unsere mehrfache Erinnerung an eine Beschlussfassung über die Rheintalbahn noch im Januar 2016 schließlich erfolgreich war, hat das großartige Ergebnis für die Menschen am Oberrhein unser gemeinsames „Prosit“ verdient“, so die Gäste vom Südlichen Oberrhein, die die fast schon historische Sitzung des Deutschen Bundestags am 28. Januar 2016 auf der Zuschauertribüne mitverfolgt hat in der Einladung zum Sektempfang danach. Die Bürgerinitiativen der IG BOHR haben nach zwölfjähriger harter Arbeit den wohl wichtigsten Meilenstein ihrer Bemühungen um eine menschenverträgliche, umweltgerechte und zukunftstaugliche Rheintalbahn erreicht: Die Grundsatzentscheidungen des Projektbeirats Rheintalbahn werden vom Deutschen Bundestag übernommen, so rechtlich abgesichert und mit den erforderlichen Finanzmitteln unterlegt. Mit dieser Planungssicherheit für die Deutsche Bahn AG kann das Jahrhundertprojekt des viergleisigen Streckenausbau zwischen Offenburg und Weil nunmehr konkret weiter vorangetrieben

werden. Auch wenn BADEN 21 jetzt ist in trockenen Tüchern ist, ist sich die IG BOHR bewusst, dass die Neu- und Umlanungen noch sehr viel Detailarbeit erfordern werden. Deswegen werden sich ihre Vertreter auch weiterhin intensiv in den neu zu konzipierenden regionalen Begleitkommissionen und im Projektförderkreis engagieren, damit die Umsetzung des neuen Planungsauftrags im Sinne der Region Südlicher Oberrhein erfolgt.

Die IG BOHR dankt allen Mitstreitern in der Region für das langjährige Engagement für das Alternativkonzept BADEN 21 und besonders den südbadischen MdB für die beharrliche Beseitigung der Hindernisse, die der Verabschiedung des Antrags der Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag entgegenstanden. Die IG BOHR ist ferner dem Landtag und der Landesregierung Baden-Württemberg für die ausschlaggebende Mitfinanzierung des Jahrhundertprojekts dankbar. Besonderer Dank gebührt den Vorsitzenden des Projektbeirats RheintalBahn, Staatssekretär Michael Odenwald vom Bundesverkehrsministerium und Landesverkehrsminister Winfried Hermann, für ihre Bereitschaft, mit der Region neue Wege zu bürgerfreundlichen Bahnprojekten zu gehen.

Ein weiterer Antrag „Menschen- und umweltgerechte Realisierung europäischer Schienennetze“ der Koalitionsparteien wurde ebenfalls einstimmig im Parlament verabschiedet. Dabei geht es im Kern darum, „auch künftig die konstruktive Zusammenarbeit der Akteure vor Ort zu unterstützen und deren Vorschläge bei der Erarbeitung konkreter Lösungen besonders zu berücksichtigen“. Hierfür hat die IG BOHR am Südlichen Oberrhein Pionierarbeit geleistet, die der Republik insgesamt zugutekommen muss. Das Dilemma, das Menschen heute beim Bau neuer Bahnstrecken auf die Barrikaden zu gehen zwingt, hat seine Wurzeln in einem aus der Zeit gefal-

lenen eisenbahnrechtlichen Planfeststellungsverfahren, das bürgerunfreundlich und demokratieuntauglich ist. Es wurde einst für einige wenige Güterzüge am Tag konzipiert und dann auf über 300 Güterzüge extrapoliert. Das ist aus Bürgersicht inakzeptabel. Es mag zwar rechtens sein, aber es ist nicht richtig. Bei einem Schienenprojekt plant die DB auf der Basis von Regeln, die ihr Verfallsdatum längst überschritten haben – man denke nur an den Unfug des „Schienenbonus“. Als Ergebnis der Planung werden dann 4 Wochen lang 12-15 Aktenordner in irgendwelche Rathäuser gestellt, um „die Öffentlichkeit zu beteiligen“, die die Pläne in aller Regel nicht versteht. Einige wenige betroffenen Bürger schreiben Einwendungen, die im nachfolgenden Erörterungstermin vom Tisch gewischt werden. Es ergeht Planfeststellungsbeschluss, und es wird etwas gebaut, das keiner will, aber 150 Jahre steht. Ein eisenbahnrechtliches Planfeststellungsverfahren, das ins 21. Jahrhundert passt, stellt den Prozess vom Kopf auf die Füße. Es muss gelten: Erst erörtern, dann planen! Das führt zu akzeptierten Lösungen, die in einer vernünftigen Zeit bei vernünftigen Kosten umgesetzt werden können. „Wir sind froh, dass wir mit zäher Beharrlichkeit einen Weg aufgezeigt haben, wie die Realisierung großer Schienenprojekte in diesem Land gelingen kann“ sind die Sprecher der IG BOHR überzeugt. Der Gesetzgeber sei jetzt gefordert, die Rechtslage so zu ändern, dass der bürgerfreundliche Bahnausbau am Oberrhein kein Einzelfall bleibt.

Kontakt:

Georg Binkert, Dr. Roland Diehl, Dr. Klaus Gump, Dietmar Kraske, Manfred Wahl
Sprecher der IG BOHR
IG BOHR-Geschäftsstelle
Eichenweg 13
79189 Bad Krozingen
Tel. 07633 14362 Fax 07633 405409
vorstand@mut-im-netz.de